

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST

Bundesvertretertag 2006 in Hamburg

**Anton Bachl ist
neuer Bundesvorsitzender**



Lesen Sie im Fachteil:

Die Möglichkeit der Anordnung der nachträglichen Sicherungsverwahrung beim leugnenden bzw. schweigenden Straftäter

6

Dezember 2006

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach der Hektik der vergangenen Wochen, die, ausgelöst durch den Siegburger Gefangenemord, den Focus des öffentlichen Interesses besonders auf den Strafvollzug gerichtet hat, kehrt hoffentlich wieder etwas mehr Ruhe in den Vollzugseinrichtungen des Landes ein. Strafvollzug ist schließlich ein auf Kontinuität angewiesener Veränderungsprozess, der nur bedingt eine auf Sensation ausgerichtete Medienöffentlichkeit verträgt.

So schrecklich der Siegburger Foltermord auch war, so hat sich durch ihn doch öffentlich die Erkenntnis durchgesetzt, worauf der **BSBD** bereits seit Jahren hinweist: Die Gewalt in unserer Gesellschaft hat auch in den Vollzugsanstalten Einzug gehalten und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit. Deshalb war es auch eher Zufall, dass die Gewalt gerade in Siegburg in einem Maße eskalierte, die sich Vollzugspraktiker selbst in ihren wildesten Träumen nicht hätten ausmalen können.

Die seitens der Politik getroffenen Sofortmaßnahmen weisen nach Einschätzung des **BSBD** in die richtige Richtung, können jedoch bei weitem nicht als ausreichend angesehen werden, um auf die zunehmende Gewaltbereitschaft in den Vollzugseinrichtungen angemessen zu reagieren. Wir benötigen, obwohl recht viel versprechende Ansätze bereits vorhanden sind, verstärkt eine Kultur des Hinsehens, damit auf Gewalt im Vollzug stets reagiert wird. Unkontrollierte Formen des sozialen Zusammenlebens in den Vollzugseinrichtungen sind zu vermeiden. „Null Toleranz bei Gewaltanwendung“ muss unser Grundsatz lauten. Jede Form der Gewalt muss eine konsequente Reaktion des Staates auslösen, weil allein ihm das Gewaltmonopol zusteht. Für die kommenden Jahre bleibt

zu hoffen, dass dem Vollzug endliche jene Bedeutung beigemessen wird, die ihm im gesellschaftlichen Zusammenleben zukommt.

Schluss mit der Haushalts-sanierung auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen!

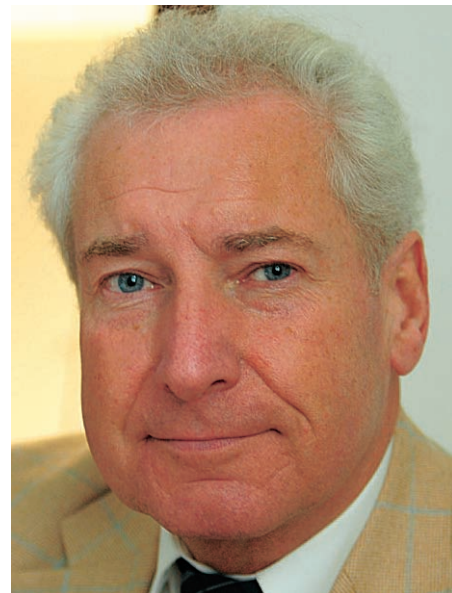
Was sich an einschneidenden Maßnahmen im öffentlichen Dienst bereits in den zurückliegenden Jahren andeutete, ist seitens der Landesregierung durch eine nochmalige Abschlachtung des Weihnachtsgeldes weiter forciert worden. Reduzierung des Realeinkommens, Stillstand im Hinblick auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sowie die wuchernde Absicht, öffentliche Dienstleistungen verstärkt in private Trägerschaft zu überführen, sind kennzeichnend für die Gesamtsituation des öffentlichen Dienstes. Der sensible Bereich des Strafvollzuges ist von diesen Entwicklungen in vielen Bundesländern nicht mehr ausgenommen.

Was in den 90er Jahren an bedeutenden Erfolgen für die Beschäftigten im Strafvollzug erreicht werden konnte, lässt sich gegenwärtig nicht in dem wünschenswerten Maße fortentwickeln und fortschreiben. Der öffentliche Dienst hat mittlerweile Einkommenseinbußen und gravierende Einschnitte in seine Strukturen hinnehmen müssen, die bei allem Verständnis für schlechter gewordene finanzpolitische Rahmenbedingungen, unzumutbar und auch unverträglich sind. Solche Entwicklungen bleiben nicht ohne Folgen auf die Arbeitsmotivation der Beschäftigten und damit auch auf die Leistungsstärke in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Eine derartige Entwicklung wirkt sich auf zahlenmäßig kleine Gruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes, wie sie u.a. im

Strafvollzug anzutreffen sind, besonders nachteilig aus. Es ist eine schmerzliche Erfahrung, dass der Strafvollzug und seine Beschäftigten im politischen Raum und in der Administration nicht auf eine nachhaltige Unterstützung zählen können, was es auch für den **BSBD** zunehmend schwerer macht, berechnete Forderungen für die Beschäftigten im Strafvollzug durchzusetzen.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik praktizieren! Gerechtigkeitslücke schließen!

Die trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung während des Jahres 2006 immer noch beängstigend hohe Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das zentrale gesellschaftliche



Klaus Jäkel

Problem. Dessen Überwindung bleibt die große politische Herausforderung auch im Jahr 2007. Zwischenzeitlich ist die wirtschaftliche Rezession einem sich selbst tragenden Aufschwung gewichen. Zu verdanken ist diese Entwicklung überwiegend dem Lohn- und Einkommensverzicht der Arbeitnehmer. Seit 1991 haben die abhängig Beschäftigten außerhalb und innerhalb des öffentlichen Dienstes eine Reallohnneinbuße von 2 Prozent erlitten, während unsere europäischen Nachbarn einen Zuwachs zwischen 16 Prozent in Dänemark und 25 Prozent in Großbritannien verzeichnen. Die Unternehmen verdienen in Deutschland wieder exorbitant gut. Im kommenden Jahr müssen deshalb Lohnsteigerungen her, die diesen Namen verdienen und deutlich mehr bringen, als den Ausgleich des Kaufkraftverlustes. In unserem Gemeinwesen tut sich eine nicht zu übersehende Gerechtigkeitslücke auf, die in den kommenden Jahren geschlossen werden muss, wenn wir unsere Gesellschaft vor sozialen Verwerfungen bewahren wollen. Bislang profitieren wir von unserer boomenden Exportwirtschaft. Doch auch hier wird die Entwicklung nicht naturgegeben nur in eine Richtung gehen. Deshalb ist die Bundesregierung gut beraten, im kommenden Jahr verstärkt auf eine **nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zu setzen, an der auch der öffentliche Dienst angemessen zu beteiligen ist. Weitere Einbußen beim Realeinkommen werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht mehr länger hinnehmen.**

BSBD sieht Leistungsbereitschaft und Leistungseffektivität beeinträchtigt!

Eine Politik, die den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Personalkosten pauschal zum Sündenbock für politischen Stillstand abstempelt und zum Teil aus populistischen Gründen nach Zurückdrängung der öffentlichen Verwaltung ruft,



muss sich zwangsläufig verheerend auf die Motivation und Leistungsfähigkeit der öffentlich Beschäftigten auswirken. Beklagenswert ist dabei der teilweise unseriöse Umgang mit Daten und Fakten des öffentlichen Dienstes, was sich beispielhaft am Thema der Einkommensentwicklung darstellen lässt. Während weitestgehend die politisch Verantwortlichen aller Parteien und Regierungen der breiten Öffentlichkeit immer noch glauben machen wollen, dass z.B. die Einkommensentwicklung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur allgemeinen Einkommensentwicklung günstig sei und von daher den Beschäftigten Einschränkungen auch hinsichtlich der Einkommensentwicklung abverlangt werden könnten, muss sich durch seriöse Untersuchungen eines Besseren belehren lassen.

Den Berechnungen führender Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge bleiben die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit auch im Jahr 2006 deutlich hinter den Einkommen aus Kapitalertrag und selbständiger Arbeit zurück. Dies ist eine Tatsache, auf die ausgewogene und gerechte politische Antworten erwartet werden. Sonst drängt sich der Eindruck auf, dass es den politisch Verantwortlichen manchmal mehr um die Demontage des öffentlichen Dienstes um jeden Preis geht, als um das Vorantreiben einer Strukturreform, die den Umfang der im gesellschaftlichen Interesse wahrzunehmenden Aufgaben je nach aktuellen Erfordernissen definiert und den Beschäftigten eine leistungsgerechte Dotation garantiert. Nachdem die Bundesländer in diesem Bereich durch die Föderalismusreform über weitere Gesetzgebungskompetenzen verfügen, bleibt zu hoffen, dass sie hiervon sensibel Gebrauch machen und für zusätzliche finanzielle Leistungsanreize sorgen.

Effektiver Strafvollzug im erfolgreichen Kampf gegen Kriminalität unverzichtbar

Eine auf hohem Niveau stagnierende Kriminalität, zunehmende Gewaltbereitschaft unter jungen Männern, weiter leicht steigende Gefangenenzahlen sowie neue Aufgabenweisungen stellen sowohl die Sicherheitsbehörden, nicht weniger aber auch den Vollzug vor erhöhte Anforderungen. Obwohl die Politik diese grundlegende Veränderung im Strafvollzug erkannt hat, ist mit dem Wechsel der Landesregierung von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb erst eine geringe Veränderung eingetreten. Man hat zwar zunächst den weiteren Stellenabbau im Strafvollzug gestoppt. Zu einem grundlegenden Politikwechsel war man indess nur insoweit bereit, dass der Privatisierung vollzuglicher Aufgaben eine deutliche Absage erteilt wurde. Ansonsten blieb die Personalpolitik halbherzig, weil der notwendigen Haushaltskonsolidierung absolute Priorität beigemessen wurde.

Nach „Siegburg“ nimmt der **BSBD** stärker als vorher Veränderungsbereitschaft

wahr. Bei allen politisch Verantwortlichen sollte sich die Einsicht Raum verschaffen, dass der Kampf gegen eine hohe Kriminalität nicht nur eine effiziente Polizei, sondern ebenso dringend einen wirksamen, funktionstüchtigen Strafvollzug erfordert. **So gesehen leistet der Strafvollzug mit seinen Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit unserer Gesellschaft.** Was die Polizei angeht, so besteht allgemeiner Konsens darüber, dass im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen die Laufbahnen dieser Berufsgruppe attraktiv auszugestalten sind. **Dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass auch den Beschäftigten des Strafvollzuges bei vergleichbaren Anforderungen verbesserte Berufsperspektiven zugebilligt werden müssen.**

Der **BSBD** sieht für das Jahr 2007 seine vorrangigste Aufgabe darin, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die berechtigten Anliegen der Strafvollzugsbediensteten hörbar und im politischen Raum mehrheitsfähig zu machen. Das ist gewerkschaftlicher Auftrag im Interesse der Beschäftigten des Vollzuges und zugleich gesamtgesellschaftlicher Auftrag im Interesse des Schutzes der Allgemeinheit.

Verantwortung und Leistungen honorieren! Besoldungsstrukturen verbessern!

Der **BSBD** wird im kommenden Jahr erneut alle Kräfteanstrengungen unternehmen, im politischen Raum eine Lobby für die Notwendigkeit der Veränderung der

Strukturen der Laufbahnen des Vollzuges zu finden. Eine isolierte Lösung, wie sie für die Polizei realisiert worden ist, löst bei verwandten Berufsgruppen eine Welle des Protestes aus und birgt eine Menge sozialen Sprengstoffs in sich, vor dem politische Entscheidungsträger die Augen nicht verschließen können und dürfen.

Dem **BSBD** ist es in den zurückliegenden Jahren gelungen, für die Spitzenämter der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes die Überleitung in die Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes zu erreichen. Dieser Weg muss konsequent fortgeführt werden, damit die Besoldungsstrukturen in allen Laufbahnen des Vollzuges leistungs- und Aufgaben angemessen ausgestaltet werden können. **Der BSBD hat der Politik seine Vorstellungen unterbreitet und auch Vorschläge für die Finanzierung der zwingend erforderlichen strukturellen Besoldungsverbesserungen auf den Tisch gelegt. Jetzt ist die Politik am Zuge, nicht nur Ursachen der Gewalt in den Vollzugseinrichtungen zu klären, sondern auch ein Konzept zur Beherrschung dieses Phänomens zu entwickeln, das die Personalpräsenz ebenso berücksichtigt wie die Weiterentwicklung finanzieller Leistungsanreize.**

Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine pragmatische und realistische Sicht für das Machbare, persönliche Zufriedenheit und beruflichen Erfolg.

Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien

Ihr Klaus Jäkel

JVA Siegburg

Jugendliche Strafgefangene töten Mithäftling

Zunächst sah alles nach einem Suizid aus, wie er sich mitunter sowohl in Vollzugseinrichtungen als auch außerhalb von Haftanstalten ereignet. Nichts deutete anfangs darauf hin, dass dem jungen Mann, der am Morgen des 12. November 2006 tot in einem Gemeinschaftsraum der JVA Siegburg aufgefunden wurde, Gewalt angetan worden war. Der Anstaltsarzt, der Notarzt, eine hinzugezogene Rechtsmedizinerin der Universität Bonn, der zuständige Staatsanwalt und auch die Kriminalpolizei gingen einvernehmlich von einem Suizid aus. Anhaltspunkte, die dieser Todesursache hätten widersprechen können, wurden auch bei der Leichenschau nicht gefunden. Entsprechend informierte der Anstaltsleiter die Medien. Erst bei der obligatorischen Obduktion, die anlässlich jedes nicht natürlichen Todesfalles in einer Vollzugseinrichtung angeordnet wird, wurde offenbar, dass der junge Mann augenscheinlich gewaltsam durch Dritte vom Leben zum Tode gebracht worden war.

Auf der Grundlage der bei der Leichenöffnung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Zellengenossen des getöteten Gefangenen durch Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft vernommen. Bereits nach kurzer Zeit brach das Kartenhaus ihrer Ausreden und Beschwichtigungen in sich zusammen. Zunächst räumte der jüngste der Täter ein, der 20-jährige Mitgefangene sei gefoltert und getötet worden. Mit dieser Aussage konfrontiert, gaben auch die 19 und 20 Jahre alten Mittäter auf und legten

schnell ein Geständnis ab. Die Aussagen entsprachen sich fast bis in die Details, lediglich der eigentliche Tötungsvorgang blieb ziemlich nebulös. In dieser Hinsicht versuchen alle Mittäter, ihren jeweiligen Tatbeitrag zu bagatellisieren.

Im Zuge der Ermittlungen wurden seitens der Staatsanwaltschaft mehr und mehr Details öffentlich gemacht, die den beispiellosen Gewaltexzess in seiner ganzen Dramatik deutlich werden ließen. Danach soll der junge Gefangene Hermann H. (20)

durch seine Mitgefangenen nach dem samstäglichen Einschluss über zwölf Stunden körperlich misshandelt und mehrfach sexuell genötigt worden sein. Zwischen diesen Gewaltexzessen fassten die Mitgefangenen wiederholt den Entschluss, Hermann H. zu töten.

Als Motiv wurde durch einen der jugendlichen Täter die Aussicht auf eine frühere Entlassung genannt. So sollte der Tod des Mitgefangenen wie ein Suizid aussehen, um beim Auffinden des Leichnams auf die eigene Traumatisierung verweisen zu können. Auch für die offensichtlichen Verletzungen des Hermann H. hatten sich die Jugendlichen eine Erklärung zurecht gelegt. Während seines Martyriums musste der 20-Jährige wiederholt laute Beleidigungen von Mitgefangenen durch das geöffnete Zellenfenster schreien. Die von diesen Beleidigungen Betroffenen riefen dann ihrerseits zurück, die Täter sollten Hermann H. schlagen. Würden sie das nicht tun, müssten sie in der Freistunde mit Prügel rechnen. Auf diese Weise verschafften sich die drei Täter quasi einen Freibrief, ihr Opfer bestialisch zu quälen.

Während dieser Gewalttorturen gelang es Hermann H. einmal, den Lichtruf zu betätigen. Die Aufsichtszentrale fragte daraufhin per Gegensprechanlage nach der Ursache für die Rufauslösung. Einer der Mitäter gab an, es sei nichts, er habe lediglich aus Versehen den Knopf der Rufanlage gedrückt. Hiermit gab sich die Zentrale zufrieden, was in der veröffentlichten Meinung für Verwunderung sorgte. Die Journalisten waren der Auffassung, wenn schon ein Alarmknopf betätigt werde, dann müsse ein Haftraum auch tatsächlich aufgesucht werden. Es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit, bis geklärt war, dass Hermann H. keinen Alarm- oder Notruf-, sondern nur einen Bedürfnisknopf betätigt hatte, der vorrangig dazu dient, unnötige Gänge zu den Hafträumen zu vermeiden.



Straffällig gewordenen jungen Menschen bietet sich in der JVA Siegburg die Chance, in den Werkstätten eine Berufsausbildung zu absolvieren. Gewalt unter Gefangenen war auch hier ein Thema, jedoch nicht an der Tagesordnung.

Während des Tatgeschehens musste sich Hermann H. zweimal eine Schlinge um den Hals legen, deren oberes Ende er zwischen Tür und Rahmen der Nasszelle zu klemmen hatte. Beide Male rissen die Strangu-



Es wird Zeit benötigen, bis die Anstalt wieder zur Ruhe kommt. Dabei hätte sich ein solcher Gewaltexzess, wie er sich in Siegburg ereignet hat, auch in jeder anderen bundesdeutschen Vollzugs-Einrichtung zutragen können.

lierungswerkzeuge, der 20-Jährige wurde dann jeweils durch Schläge ins Gesicht und auf den Körper ins Bewusstsein zurückgeholt. Zunächst spielten sich diese Vorgänge auf der dem Haftraum zugewandten Seite ab, weil die drei Täter Hermann H. beim Sterben zusehen wollten.



Hafthaus der JVA Siegburg: Schauplatz eines grauenhaften Häftlingsmordes.

Einmal noch gab es eine kleine Chance, den bestialischen Foltermord zu verhindern. Am Samstag gegen 21 Uhr betraten zwei Kollegen den Haftraum, weil sich Gefangene in den Nachbarzellen über Lärm beschwert hatten. Hermann H. lag zu diesem Zeitpunkt in seinem Bett und war wohl nicht mehr in der Lage, auf seine hilflose Situation aufmerksam zu machen. Für die den Haftraum aufsuchenden Kollegen stellte sich die Situation so dar, wie viele Male zuvor auch. Nichts deutete daraufhin, dass einer der vier Zelleninsassen mit dem Tode rang. Ein Anlass für die Vorname einer Vitalkontrolle wurde folglich nicht gesehen.

Beim letztlich erfolgreichen Tötungsversuch brachten die Täter Hermann H. dazu, sich ein aus Bettzeug gefertigtes Strangulierwerkzeug um den Hals zu legen und sich auf einen Eimer zu stellen. Diesen Eimer musste er dann selbst wegtreten. Um den Todeskampf jetzt nicht mit ansehen zu müssen, musste sich das Opfer in den Nassbereich des Haftraumes begeben.

Seitens der Staatsanwaltschaft Bonn wird seither fieberhaft gegen die drei Täter ermittelt. Nachdem der öffentliche Druck zunahm, wurden die Ermittlungen auf fünf

Mitarbeiter der JVA Siegburg ausgeweitet. Es ist zu erwarten, dass auch noch eine dienstrechtliche Prüfung erfolgen wird, ob Versäumnisse oder Unterlassungen den Tod des 20-jährigen Hermann H. begünstigt haben könnten.

Als personelle Sofortmaßnahme ist der Leiter der Einrichtung zunächst für drei Monate an das Landesjustizvollzugsamt Nordrhein-Westfalen in Wuppertal abgeordnet worden. Gleichzeitig wurde ihm vermutlich ein „Maulkorb“ verpasst, weil von ihm kein öffentliches Statement

über seine Sichtweise der Vorgänge zu vernehmen war. Für die Medien wurde dieses Verhalten quasi als Schuldeingeständnis gewertet. In der Folgezeit nahmen die Beschuldigung, die gegen den Behördenleiter vorgebracht wurden, bereits skurrile Züge an. Plötzlich fühlten sich viele – ob Gottesmann oder Altruist – berufen, die „unhaltbaren Zustände in der JVA Siegburg“ anzuprangern, obwohl sie jahrelang geschwiegen hatten. Insidern drängte sich der Verdacht auf, als würde eine günstige Gelegenheit genutzt, um alte Rechnungen zu begleichen.

Dass der tragische Tod eines jungen Mannes in der JVA Siegburg sowohl in strafrechtlicher als auch in dienstrechtlicher Hinsicht der Aufarbeitung bedarf, ist einsehbar und verständlich. Der **BSBD** warnt jedoch nachdrücklich davor, notwendige Sofortentscheidungen des Vollzugspersonals, wie sie in Siegburg situationsgebunden getroffen worden sind, im Lichte stringenter Vorschriften zu sezieren, bei denen man den Eindruck gewinnen kann, sie dienen eher der Delegation der Verantwortung auf die unterste Hierarchieebene als der Durchsetzung einer sachgerechten Dienstausbildung.

Eine solche Entwicklung wäre überaus kontraproduktiv, weil in diesem Fall die persönliche Absicherung in das Zentrum aller Überlegungen rücken würde. Besonders im Jugendstrafvollzug orientiert sich die Arbeit auf das Anstoßen und die Realisierung von Veränderungsprozessen. Solche Prozesse können nur effizient gestaltet werden, wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht stets auf die Absicherung ihrer eigenen Position bedacht sein müssen.



Siegburger Häftlingsmord:

Krisenmanagement und politische Konsequenzen

Der brutale Foltermord an einem jungen Mann durch drei Mithäftlinge in der JVA Siegburg hat aufgewühlt und schockiert. Er hat den Strafvollzug in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und Aufmerksamkeit gerückt. Eine überraschte Öffentlichkeit nimmt erstaunt zur Kenntnis, dass Gewaltbereitschaft und Verrohung in der Gesellschaft rasant zunehmen und auch vor unseren Haftanstalten nicht Halt machen. Während das Krisenmanagement des Ministeriums eher schleppend anlief und damit der parlamentarischen Opposition die Möglichkeit eröffnete, die Frage nach der politischen Verantwortung mit einer Rücktrittsforderung zu verknüpfen, trug der schreckliche Siegburger Gewalttatsch dem BSBD ungeahnte Medienpräsenz ein. Die Medien gierten förmlich nach Informationen zu fast allem, als ob der Strafvollzug soeben erfunden worden sei. Nachdem Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter erste Sofortmaßnahmen zur Linderung der ärgsten Probleme vorgelegt hat, lässt der Medienrummel allmählich wieder nach.

Die Politik befasst sich derzeit mit der Suche nach dem oder den Schuldigen. Es bleibt zu hoffen, dass das „Kind dabei nicht mit dem Bade“ ausgeschüttet wird. Die im BSBD organisierten Vollzugspraktiker sind deshalb auch mehr um die Lehren aus diesem Auswuchs menschlicher Verrohung und Niedertracht bemüht. Unzweifelhaft hat der Jugendvollzug einen Rückschlag erlitten. Dabei bietet er vom Grundsatz her gute Möglichkeiten, eingetretene Entwicklungsdefizite mit hinreichender Aussicht auf Erfolg zu beseitigen, zumindest aber zu bessern.

Die Sofortmaßnahmen

Nachdem der Häftlingsmord personelle Engpässe im Jugendvollzug hat deutlich und offenbar werden lassen, hat Ministerin Müller-Piepenkötter Entlastungsmaßnahmen angeordnet und dabei zum Teil langjährige Forderungen des BSBD aufgegriffen:

- Bauliche Herrichtung und Umwidmung eines Hafthauses der Abschiebungshaftanstalt Büren für Zwecke des Strafvollzuges, wodurch sich kurzfristig **150 zusätzliche Haftplätze** gewinnen lassen.
- Vornahme von baulichen Erweiterungen im geschlossenen Vollzug oder Errichtung einer neuen Vollzugsanstalt, um bereits im übernächsten Jahr über weitere **500 Haftplätze** verfügen zu können.
- Erweiterung der JVA Heinsberg um **240 zusätzliche Haftplätze** für den Jugendvollzug.
- Aufstockung der Personalkapazität um zusätzlich **330 Stellen** ab dem nächsten Jahr und Streichung von **124 kw-Vermerken**, die noch durch die Vorgängerregierung ausgebracht worden waren.

Nach Einschätzung des BSBD sind diese Sofortmaßnahmen durchaus geeignet, die drängendsten Probleme des Vollzuges zu lindern und einen sachgerechten Beitrag zum sukzessiven Abbau der in den zurückliegenden Jahren eingetretenen Arbeitsverdichtung zu leisten. Gleichzeitig wird die Bekämpfung der Überbelegung

erstmalig energisch angegangen, um mittelfristig in allen Bereichen des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges humane Unterbringungsverhältnisse gewährleisten zu können.

Neben den Sofortmaßnahmen zur Behebung der ärgsten Mängel der Infrastruktur hat Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität in den Vollzugseinrichtungen des Landes ergriffen und teilweise bereits umgesetzt. Im Einzelnen handelt es sich um

- Berufung einer unabhängigen externen **Expertenkommission** unter dem Vorsitz des früheren Berliner Innensena-tors **Dr. Eckart Werthebach**, dem mit **Dr. Klaus Koepsel**, dem früheren Präsidenten des Justizvollzugsamtes Rheinland, ein ausgewiesener Vollzugs-experte zur Seite steht. Aufgabe der Kommission wird es sein, die Gewalt und deren Ursachen in den Jugendan-stalten des Landes zu untersuchen.

- Schaffung des Instituts eines neutralen, weisungsunabhängigen **Ombudsmannes** als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die im engeren und weiteren Sinne durch den Strafvollzug betroffen sind.
- Auftrag zur Erstellung einer wissenschaftlichen Studie an den Kriminologischen Dienst **„Gewalt unter Gefangenen“**, um Risikofaktoren für gewalttätige Übergriffe von Gefangenen untereinander zu ermitteln.
- **Auflösung aller 3er- und 4er-Belegungen** im geschlossenen Jugendstrafvollzug und Verkürzung der Kontrollintervalle während des an Wochenenden verlängerten Einschlusses.

Mit diesen Maßnahmen wird angestrebt, die Ursachen für den Siegburger Häftlingsmord zu erhellen und zugleich Lehren für die Zukunft zu ziehen. Der BSBD erwartet allerdings auch, dass die Ergebnisse der Expertenkommission und der kriminologischen Studie in konkrete Organisationsentscheidungen einmünden.

Gesetzliche Grundlage für den Jugendvollzug überfällig!

Im Vorfeld dieser Maßnahmen hatte BSBD-Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** am 19. November 2006 Gelegenheit, zu dem Foltermord in Siegburg und der Dachbesteigung in Dresden in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ Stellung zu nehmen und einem Millionenpublikum die daraus abgeleiteten gewerkschaftlichen Positionen und Forderungen des BSBD zu erläutern. Er verwies u.a. auf die Entscheidung des Bundesverfassungsge-



Fotomontage
BSBD-Chef Klaus Jäkel machte bei Sabine Christiansen eine gute Figur.

richts, das erst am 31. Mai 2006 gerügt hat, dass der Jugendstrafvollzug in der Bundesrepublik Deutschland auf einer zu schmalen gesetzlichen Grundlage stattfindet. Dem Gesetzgeber räumte „Karlsruhe“ eine Frist bis Ende 2007 ein, um die gesetzliche Basis für Grundrechtseingriffe zu schaffen. Konkret forderte der Gewerkschaftschef dazu auf, den Jugendvollzug endlich gesetzlich zu regeln und die Einzelunterbringung der Gefangenen festzuschreiben, damit Ereignissen wie in Siegburg künftig vorgebeugt werden könne. Für die Erziehung der in ihrer Persönlichkeit weniger verfestigten Jugendlichen und Heranwachsenden seien optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, weil ihre Entwicklung noch Potential und Chancen biete, Fehlentwicklungen aufzuarbeiten. „Wir müssen bei allen unseren Bemühungen und Anstrengungen immer vor Augen haben, dass jede gelungene Resozialisierung einen Zugewinn an Innerer Sicherheit für die gesamte Gesellschaft bedeutet“, forderte **Jäkel** von der Politik sachgerechte gesetzliche Regelungen.

Krisenmanagement mit Startschwierigkeiten

Nachdem die Siegburger Anstalt beim Tod des 20-jährigen Hermann H. zunächst von einem Suizid ausgehen durfte, war man auf die spontane Bewältigung einer heraufziehenden Krise augenscheinlich nicht vorbereitet. Als die Obduktion des Leichnams am 13. November 2006 die schreckliche Wahrheit des Foltermordes offenbarte, wurde der Vollzug augenscheinlich auf dem falschen Fuß erwischt. Das Justizministerium war erst am Morgen des 14. November 2006 über das Vorkommnis unterrichtet. Als die Staatsanwaltschaft im Rahmen einer Pressekonferenz über das Martyrium des Hermann H. in ersten Einzelheiten zu berichten begann, war vom Vollzug nichts zu sehen. Den Journalisten drängte sich so schnell der Verdacht auf, der Vollzug habe sich deshalb zurückgenommen, weil es etwas zu verbergen gebe. Richtiger wäre es aus Sicht des **BSBD** gewesen, ein Vertreter des



Die gesetzliche Regelung des Jugendvollzuges und eine jugendspezifische Vollzugsgestaltung sind überfällig.

Landesjustizvollzugsamtes hätte an der Pressekonferenz teilgenommen, um die vollzuglichen Verhältnisse in der Siegburger Vollzugeinrichtung erläutern und den wilden Spekulationen der Journalisten entgegen treten zu können. Stattdessen zog das Justizministerium den Vorgang an sich, ohne über die erforderlichen Informationen für ein effizientes Krisenmanagement zu verfügen. Vielleicht wurde dieses Verfahren gewählt, weil es sich beim Landesjustizvollzugsamt um eine „sterbende Behörde“ handelt und man einmal den Ernstfall proben wollte. Das Ergebnis sollte die Verantwortlichen aufschrecken und nochmals einen Gedanken daran verschwenden lassen, ob es politisch klug ist, künftig auf eine Mittelbehörde im Strafvollzug zu verzichten. Schließlich war es die „Klingelpütz-Affäre“ in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, die den Ausschlag für die Errichtung der Mittelinstanz im Jahre 1970 gab. Seither hat sich diese Institution bewährt. Der **BSBD** hat stets davor gewarnt, ohne Not auf eine Mittelbehörde zu verzichten. Besonders in Krisenzeiten kann sich die bessere Kennt-

nis der Verhältnisse vor Ort in den Haftanstalten des Landes überaus positiv auswirken. Der Fall des Mörders Dieter Zuhewme, der 1999 nach der Nichteckkehr vom Freigang mehrere Menschen tötete, bevor er wieder ergriffen werden konnte, kann als Beleg dafür herhalten, dass ein professionelles Krisenmanagement einer effektiv arbeitenden Mittelbehörde einen sachgerechten Schutz für das jeweilige Fachministerium darstellt. Dies gilt ganz besonders für den Bereich des Justizvollzuges. **Wenn man bislang einen Rückschluss aus der ministeriellen Öffentlichkeitsarbeit ziehen kann, dann vielleicht den, dass man nicht vorschnell Vorgänge an sich ziehen sollte, die auf der Mittelebene mindestens ebenso wirksam bewältigt werden können. Das Vollzugsamt hätte auch in diesem akuten Fall effektiv sein können, wenn es denn zum Einsatz gelangt wäre. Der Politik ist jedoch nicht zuletzt auf Gründen des notwendigen Selbstschutzes zu raten, ihren Entschluss, die Mittelbehörde des Vollzuges ersatzlos aufzugeben, nochmals zu überdenken.**

Siegburger Foltermord

Parlamentarische Aufarbeitung des bestialischen Häftlingsmordes

Das verbesserungsbedürftige Krisenmanagement ließ die parlamentarische Aufarbeitung des Foltermordes zu einer Sisyphus-Arbeit werden. Schnell hatte die Opposition erkannt, dass der schwerfällige Apparat der Administration nur langsam auf Touren kam. So ergab sich die Chance, dem Ministerium Unfähigkeit bei der Krisenbewältigung vorzuwerfen und diesen Vorwurf mit einer an Justizministerium Roswitha Müller-Piepenkötter gerichteten Rücktrittsforderung zu kombinieren. Da traf es sich gut, dass die Ministerialbeamten bei der Unterrichtung des Rechtsausschusses zu oft passen mussten. Auch die Medienvertreter verloren schnell ihre „Beißhemmung“, weil die überaus zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit als Eingeständnis von administrativen Versäumnissen interpretiert wurde.

Nach der ersten Unterrichtung des Rechtsausschusses fasste die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums langsam

Tritt, so dass sie sich in einer zweiten öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses am 23. November 2006 besser vorbe-

reitet präsentierte. Seitens des Ministeriums wurden die Rahmenbedingungen des Todes eines jungen Gefangenen akribisch ermittelt und sehr detailliert vorgetragen. In der teilweise recht hektischen Atmosphäre der Sitzung, die in persönlichen Angriffen gipfelte, wurden die Darlegungen des Ministeriums durch die oppositionellen Parlamentarier nur unzureichend zur Kenntnis genommen. Offensichtlich sollte vermieden werden, dass die eigenen strategischen Absichten durchkreuzt werden. Nach dem Grundsatz „Ideologen sind scharfe Denker, die sich auch durch Tatsachen nicht beirren lassen“ verstieg sich der SPD-Vizefraktionschef **Ralf Jäger** zu



Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers stärkte seiner Justizministerin demonstrativ den Rücken.

dem Vorwurf, **NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** habe den Foltermord in der JVA Siegburg faktisch begünstigt, weil sie Kenntnis von Gewaltakten in den Vollzugseinrichtungen gehabt habe, jedoch außer der Erteilung eines Gutachtenauftrages an den Kriminologischen Dienst ihres Hauses nichts weiter unternommen habe. MdL **Peter Biesenbach**, **CDU-Fraktionsgeschäftsführer**, wies diesen Vorwurf als **unglaubliche politische Entgleisung zurück** und forderte Jäger auf, sich umgehend für diesen ungeheuren Vorgang bei der Ressortchefin zu entschuldigen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den durch Ministerin **Müller-Piepenkötter** ergriffenen Sofortmaßnahmen wurde seitens der Opposition tunlichst vermieden. Schließlich war die Ministerin bei ihrem Kabinettskollegen, Finanzminister **Dr. Helmut Linssen**, erfolgreich gewesen und hatte die erforderlichen finanziellen Mittel sowohl für die Verbesserung der Personalsi-

tuation als auch der Infrastruktur im Strafvollzug losgeeeist.

Etwas was den Fachpolitikern von rot-grün in den letzten Jahren ihrer Regierungsverantwortung nicht gelungen war, nämlich den Strafvollzug wegen der allseits bekannten Überlastung und Überforderung vor dem rasenmäherartigen Personalabbau zu schützen, gelang Ministerin **Müller-Piepenkötter** sofort. Der geschickte Aufbau der Sofortmaßnahmen entzog sich der substanziellen Kritik, weil nicht nur restriktive Maßnahmen ergriffen wurden, sondern auch solche, die dem Strafvollzug eine Perspektive für die Weiterentwicklung eröffnen. Damit beschränkt die Ministerin einen Weg, der sich sozialdemokratischer präsentierte, als viele Sozialdemokraten es für möglich gehalten hatten. Endlich hatte das Krisenmanagement Kontur gewonnen, so dass sie eine realistische Chance hat, die schwerste Krise ihrer bisherigen Amtszeit erfolgreich zu bestehen.

Am 6. Dezember 2006 befasste sich das Plenum mit dem Siegburger Mord. Justizministerin Roswitha **Müller-Piepenkötter** erklärte: „Wir müssen und wir werden den grausamen Mord in der JVA Siegburg lückenlos aufklären. Wir müssen und wir werden die Ursachen der Gewalt unter den Häftlingen sorgfältig analysieren und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.“ Daneben verwies sie darauf, dass die Vollzugseinrichtungen ein Spiegelbild unserer Gesellschaft seien. Wenn die Gewaltbereitschaft junger Männer zunehme, legten sie diese Prägung aufgrund der Inhaftierung nicht einfach ab. Der Vollzug sei mit sozial und intellektuell oft zurückgebliebenen jungen Menschen konfrontiert. Viele seien ethnisch enturzelt, etliche seien aufgrund langjährigen Drogenkonsums als psychiatrische Grenzfälle zu bezeichnen. Das Gewaltpotenzial sei in den Anstalten allgegenwärtig.

Im Rahmen ihrer Ausführungen wies die Ministerin darauf hin, dass es allein in der Zeit vom 1.1.2004 bis 31.1.2005, also zu

Zeiten von Rot-Grün, in den NRW-Vollzugsanstalten **386 Übergriffe** unter den Gefangenen gegeben habe. Das habe den damaligen **Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD)** jedoch nicht gehindert, in der Antwort auf die Kleine Anfrage am 23.2.2005 u. a. zu erklären: „**Es besteht keine Notwendigkeit für die Landesregierung, Konsequenzen zu ziehen.**“

Auch auf die Misshandlung eines Gefangenen durch drei Gefangene in der JVA Heinsberg habe der damalige **Justizminister Jochen Dieckmann (SPD)** nicht reagiert. Obwohl die Zahl der Häftlinge gestiegen sei, habe die damalige rot-grüne Landesregierung weitere Stellen im Justizvollzug abgebaut.

Den scheinheiligen Umgang ihrer Vorgänger will die Ministerin nicht fortführen. Sie weigert sich strikt, die Gewalt in den nord-



Die Justizministerin überzeugte ihren Kabinettskollegen **Dr. Helmut Linssen (Bild)**, dass der Strafvollzug auch der finanziellen Unterstützung bedarf.

rhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen einfach hinzunehmen. Bereits im März 2006 hatte sie den Kriminologischen Dienst ihres Hauses beauftragt, die Ursachen für Gewalt hinter Gittern zu analysieren. Das Gutachten soll noch im Dezember 2006 vorgelegt werden. Im Gegensatz zu ihren sozialdemokratischen Vorgängern ist **Müller-Piepenkötter** offensichtlich nicht bereit, Gewalt in den Vollzugsanstalten einfach zu akzeptieren. Noch unter **Wolfgang Gerhards (SPD)** lautete der Grundsatz des Ministeriums: Natürlich gibt es Gewalt in den Anstalten, doch lässt sich daran nichts ändern. Diese Devise ermöglicht es der amtierenden CDU-Ministerin jetzt, sich als Reformerin des Strafvollzuges zu präsentieren. In der Folge des Häftlingsmordes ist es ihr gelungen, viel Geld in den Strafvollzug fließen zu lassen, obwohl das Land weiter einen strikten Sparkurs verfolgt.

Trotz dieser inhaltlichen Irritationen wich die Opposition nicht von ihrer Linie ab. Ohne substanzielle Begründung erneuerte sie ihre Rücktrittsforderung, hielt sich jedoch mit persönlichen Angriffen stark zurück.



Peter Biesenbach, **CDU-Fraktionsgeschäftsführer**, wies die Rücktrittsforderungen an Roswitha **Müller-Piepenkötter** nachdrücklich zurück.

Im Verlauf der Debatte ergriff erstmals öffentlich **NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers** das Wort und stellte sich demonstrativ hinter seine Justizministerin: „Die Ministerin hat die volle Rückendeckung der gesamten Landesregierung“, sagte **Rüttgers**. Gleichzeitig wies der Regierungschef darauf hin, dass Gewalt niemals eine Alternative sein könne. Die Ministerin arbeite hart daran, dass Fälle wie in Siegburg in Zukunft verhindert werden könnten. „Wir müssen jungen Menschen die Sicherheit geben, dass sie willkommen sind, wenn sie die Spielregeln beachten

Ralf Jäger, Vizechef der SPD-Landtagsfraktion, traktierte Ministerin Müller-Piepenkötter mit wiederholten Rücktrittsfordernungen und stieß auf das Interesse der Medienvertreter. Als Ministerpräsident Rüttgers seiner Justizministerin demonstrativ den Rücken stärkte, ebnete das öffentliche Interesse spürbar ab.



Roswitha Müller-Piepenkötter setzte der Siegburger Häftlingsmord sichtbar zu. Nach anfänglichen Schwierigkeiten nutzte sie das Ereignis, um beim Finanzminister zusätzliche Gelder und zusätzliches Personal für den Strafvollzug loszueisen.

und dass sie eine zweite Chance bekommen, wenn sie mal einen Fehler gemacht haben“, skizzierte er die programmatische Zielsetzung seiner Regierung. Im Anschluss an die Landtagsdebatte fand ein Gespräch zwischen **NRW-Minister-**

präsident Dr. Jürgen Rüttgers und dem **BSBD-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel** statt. Der Ministerpräsident bedankte sich bei den Strafvollzugsbediensteten für ihre schwere Arbeit, die nicht genug gewürdigt werden könne.

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug können voll und ganz auf unsere Unterstützung rechnen, die sie für ihre schwere Arbeit auch benötigen und verdienen!“

Dr. Jürgen Rüttgers wies weiter darauf hin, dass der NRW-Strafvollzug im Zuge der gesetzlichen Regelung des Jugendstrafvollzuges strategisch neu ausgerichtet werden solle. **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** nutzte diesen Hinweis, die Wichtigkeit und Bedeutung des Landesjustizvollzugsamtes NRW in Wuppertal hervorzuheben. Er forderte den Regierungschef auf, die in Aussicht genommene Schließung der vollzuglichen Mittelbehörde nochmals zu überdenken. **Dr. Jürgen Rüttgers** griff diesen Gedanken auf und äußerte sich dahingehend, dass der Fortbestand dieser Behörde in die Gesamtüberlegungen für die Neuausrichtung des NRW-Justizvollzuges einbezogen werde.

Der Kommentar von Wilhelm Bokermann

Justizvollzugsanstalt Siegburg:

Mord, Brutalität und Gewalt machen vor Gefängnistoren nicht halt!

Die am 11./12. November 2006 – einem Wochenende – in der Justizvollzugsanstalt Siegburg erfolgte bestialische Ermordung des jungen Gefangenen Hermann H. (20) durch seine ebenfalls jugendlichen 3 „Zellengenossen“ hat in der breiten Öffentlichkeit Entsetzen ausgelöst. „Was ist bloß in und mit unseren Gefängnissen los?“ Diese Frage bewegte – und bewegt noch immer – viele Eltern, insbesondere jene, die Kinder im heranwachsenden Alter haben. „Vom Mord unter staatlicher Aufsicht“ war da schnell die Rede. Nicht minder betroffen reagierten die Strafvollzugsbediensteten, und zwar weit über die Landesgrenzen von NRW hinaus. Diese Tat war für viele von ihnen unfassbar, wenngleich sie im Umgang mit der zu betreuenden Klientel einiges gewohnt sind. In ihren „Reparaturbetrieben“ für eine zunehmend verfehlte, substanzlose und konsumorientierte Gesellschaftspolitik erleben sie tagtäglich so manche Kümmernisse, insbesondere mit Jugendlichen und Heranwachsenden. Berufliche Erfolgserlebnisse sind für die Bediensteten des Strafvollzuges hingegen eher die Ausnahme, zumal verlässliche Daten über die Legalbewährung, die Auskunft über die Wirksamkeit vollzuglicher Maßnahmen geben könnten, kaum vorliegen. Nur wenige Tage vor „Siegburg“ hatten die Medienmacher bereits Stimmung in Sachen „Strafvollzug“ erzeugt, als sie die – im Vergleich zu dem Bestürzung auslösenden Ereignis in der JVA Siegburg – nahezu harmlos anmutende Dachbesteigung eines gefährlichen Gewalttäters in der JVA Dresden unter verschiedensten Aspekten immer wieder in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückten.

Das Medienspektakel

Auch das war diesmal nicht anders. Wieder stand in Presse, Funk und Fernsehen der Strafvollzug – in Sonderheit die JVA Siegburg – am Pranger, und mit ihm seine Bediensteten. Ver-

einzelnt konnte der Eindruck entstehen, als würden „alte Rechnungen“ über die Medien beglichen. Mit von der Partie war auch die „Sabine-Christiansen-Show“, die ihren Sendebeitrag in der ARD sinnigerweise mit „Saustall Justiz?“ überschrieben hatte. Wenigstens einer der Teilnehmer dieser Runde widersprach der in Frageform gekleideten Feststellung: **Klaus Jäkel, der BSBD-Chef aus NRW.** Er verwies im Übrigen nicht nur auf die personelle Unterbesetzung, insbesondere in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, die permanente Überbelegung der Vollzugsanstalten, das beängstigend zunehmende Gewaltphänomen in der Gesellschaft und damit zwangsläufig auch im Strafvollzug, sondern stellte deutlich die – nicht zum Null-Tarif zu habende – **Zielsetzung des Strafvollzuges heraus, wonach jede gelungene Wiedereingliederung eines Rechtsbrechers einen Zugewinn für die Innere Sicherheit in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben bedeutet.** Zudem forderte er die Politik auf, die sich aus dem Foltermord in der JVA Siegburg ergebenden Erkenntnisse bei dem derzeit in Vorbereitung befindlichen Jugendstrafvollzugsgesetz NRW zu berücksichtigen und dieses sodann unverzüglich umzusetzen, um die Begehung solcher und anderer Gewalttaten im Jugendstrafvollzug künftig weitestgehend ausschließen zu können.

NRW-Justizministerin in der Kritik – Opposition fordert politisches Opfer

Aus ihrer justizpolitischen Lethargie aufgeschreckt, reagierte die Landespolitik überaus aggressiv. Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU) war sichtlich betroffen, das Siegburger Ereignis hatte ihr augenscheinlich zugesetzt. Als Sofort-Maßnahme brachte sie u.a. ein Personalpaket von 330 neuen Stellen für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes





auf den Weg, verbunden mit der Schaffung von 150 Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Büren sowie die Errichtung einer neuen Vollzugsanstalt mit 500 Haftplätzen. Zugleich kündigte sie unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen zugleich die Aufhebung von 124 Stellenkürzungen der rot-grünen Vorgängerregierung an. Auch ordnete sie eine umfassende Untersuchung der Vorgänge in Siegburg an. Der Anstaltsleiter wurde zwischenzeitlich für drei Monate abgeordnet. Neben den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurden zudem erste disziplinarrechtliche Voruntersuchungen eingeleitet. Natürlich müssen Mängel im System und in der Sache unverzüglich und zugleich rückhaltlos aufgeklärt werden. Dabei ist allerdings ein Vorgehen unverzichtbar, dass nicht etwa „den Letzten, den sogenannten 'kleinen Mann', die Hunde beißen“. Im Übrigen sind klare Zielsprachen unbedingt notwendig, damit die zweifelsfrei vorhandene Verunsicherung insbesondere bei den Laufbahnangehörigen des allgemeinen Vollzugsdienstes nicht zu unerwünschten Nebeneffekten führt. Die derzeit nahezu auf allen vollzuglichen Ebenen zu verzeichnende Hektik ist für den Erhalt professioneller Handlungsfähigkeit eher kontraproduktiv.

Manche Beobachter der vollzuglichen Szene gelangten – wohl zutreffend – zu der Auffassung, dass das Krisenmanagement des „hohen Hauses“ am Düsseldorfer Martin-Luther-Platz zu wenig offensiv ausgerichtet war und noch immer ist. Da durfte es kaum verwundern, dass die Vertreter der parlamentarischen Opposition im Landtag von NRW, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das besondere Vorkommnis in Siegburg sowie das sehr moderate Auftreten der Justizministerin sowohl zur Selbstdarstellung als auch zu politischen Attacken nutzten. So befassten und befassen sich die oppositionellen Rechtspolitiker – und andere – als die Verantwortlichen von „gestern“ und „vorgestern“

nicht etwa mit der Vielzahl eigener Versäumnisse aus mehr als drei Jahrzehnten Regierungsverantwortung. Nein, sie fordern vielmehr vehement „den Kopf“ der gerade einmal seit 18 Monaten im Amt befindlichen CDU-Ministerin, weil diese angeblich bei der Aufklärung des besonderen Vorkommnisses in der JVA Siegburg versagt habe. Wenn sich der SPD-Vizefraktionschef **Ralf Jäger** im Rechtsausschuss dabei schließlich zu der Behauptung „versteigt“, die Justizministerin habe den Mord im Siegburger Gefängnis begünstigt, ist das eine schlimme politische Entgleisung. Hier ist offenkundig nicht mehr Sachaufklärung gefragt, sondern billige Polemik steht im Vordergrund des politischen Handelns. Völlig zu Recht forderte daher **Peter Biesenbach**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, den SPD-Politiker auf, sich für diese politische Taktlosigkeit bei der Justizministerin zu entschuldigen. Vermutlich hat die Opposition der Justizministerin nicht verziehen, dass sie bereits kurze Zeit nach der Übernahme der Amtsgeschäfte die von der rot-grünen Vorgängerregierung favorisierte Privatisierung vollzuglicher Aufgaben unterband und als Irrweg für einen effizienten Strafvollzug wertete. Zudem hatte sie in richtiger Bewertung gesellschaftspolitischer Entwicklungen bereits im Frühjahr dieses Jahres eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Gewalt unter Gefangenen“ beim kriminologischen Dienst ihres Hauses in Auftrag gegeben. Deren abschließendes Ergebnis wird für Dezember 2006 erwartet.

Wie geht es weiter?

Der erschütternde Tod eines jungen Gefangenen in der JVA Siegburg könnte den Ausgangspunkt für einen konstruktiven Ideenwettbewerb zur Fortentwicklung des Strafvollzuges markieren. Hierzu müssten sich Opposition und Regierung zu nächst einmal darauf verständigen, den Vollzug aus kleinteiliger Parteiengezänk herauszuhalten. Anschließend bedürfen die Ursachen des brutalen Gewaltexzesses und der zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft einer sachgerechten Analyse, um dieser gemeinschaftsschädlichen Entwicklung auf der Grundlage der erlangten Erkenntnisse energisch den Kampf anzusagen. Dabei sollten auch die augenfälligen Migrationsprobleme nicht schön geredet oder bagatellisiert werden. Alle Gewalt auslösenden Ursachen gehören auf den Tisch, um die verfahrenere Situation wieder in den Griff zu bekommen. Das wiederum setzt die Bereitschaft zum politischen Umdenken voraus. Es ist an der Zeit, sich wieder verstärkt zu den deutschen Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Lernbereitschaft, Treue, Ordnung und Selbstlosigkeit zu bekennen. Den Nachfahren der 68er-Generation sei dabei ins rot-grüne Parteibuch geschrieben, dass sich im Zeichen der Globalisierung diesbezüglich auch Anleihen in Finnland, Japan oder Rot-China machen ließen, die uns in dieser Hinsicht den Rang abgelaufen haben. Wie dem auch immer sei, der Jugend müssen Ziele, Ideen, Ideale und Perspektiven vermittelt werden, um sie vor dem kollektiven Abdriften in Gewaltbereitschaft und Kriminalität zu bewahren. Diese Anstrengungen sollten uns die nachwachsenden Generationen allemal wert sein. Bei einer sachgerechten Weiterentwicklung des Vollzuges ließe sich dann auch für die drei mutmaßlichen jugendlichen Mörder Ralf A. (20), Pascal (19) und Danny K. (17) im Rahmen der Strafverbüßung ein gangbarer Weg in eine dann vielleicht funktionierende, geordnete, am Gemeinwohl ausgerichtete Gesellschaft finden.

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

**Redaktions-
schluss**

für die nächste
Ausgabe

15. Januar

Glosse

Guten Tag auch

Justus V. Anonymus



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich neige ja dazu, die Welt um mich herum ironisch zu betrachten, um sie besser ertragen zu können. Im Fall „Siegburg“, ist mir aber selbst die Ironie vergangen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich diesmal nicht so „flapsig“ daherkomme.

Was mich am meisten an der derzeitigen Diskussion stört, ist, dass alle Welt laut aufschreit, wie schrecklich doch der Strafvollzug ist, der die armen Gefangenen krimineller entlässt, als sie bei Haftantritt waren. Dabei vergisst man leicht, dass nicht die Zellen, nicht die Mauern, nicht die Gitter und auch nicht die Bediensteten menschenverachtend sind, sondern dass die Gefangenen die Subkultur, die Brutalität und die Drogen von draußen mit in die JVA bringen. Der Vollzug ist oft machtlos und läuft den Verhältnissen permanent hinterher. Im Fall „Siegburg“ haben die Gefangenen mit einer solchen Brutalität und Menschverachtung gehandelt, wie es mir in meiner dreißigjährigen Vollzugslaufbahn noch nicht vorgekommen ist, obwohl ich schon einiges erlebt habe. Wenn ich im Nachtdienst die Tür aufmache, dann rechne ich mit Vielem, aber nicht damit, dass Mithäftlinge einen Insassen auf derart brutale Art und Weise stundenlang zu Tode foltern. Das war bisher jedenfalls außerhalb meines Vorstellungshorizontes. Vermutlich hätte auch ich die Tür wieder zugemacht, überzeugt, dass es sich um einen eher harmlosen „Budenrabit“ gehandelt habe, wie sie täglich gerade bei Jugendlichen vielfach vorkommen. Hätte ich einen schlafenden Gefangenen geweckt, dann hätte es erst recht Theater gegeben.

ben. Der Anstaltsleiter von Siegburg ist massiv in die Kritik geraten, weil er, ehe das Obduktionsergebnis vorlag, der Presse mitgeteilt hat, dass er von einem Suizid ausgehe. Ich kann mir das nur so erklären, dass er selbst davon überzeugt war. Hätte er nur irgendeinen Anhaltspunkt für ein Tötungsdelikt gehabt, hätte er sich sicherlich nicht so geäußert. Wer hat hier wen „ins offenen Messer laufen“ lassen? Wenn dann aber auch noch ein Pfarrer und andere Gutmenschen sich vor die Presse stellen und sagen, der Anstaltsleiter ist an allem schuld, dann sind die genauso auf einem Auge blind, wie die Politiker, die jetzt lautstark den Rücktritt der Ministerin fordern und dabei offenbar vergessen haben, dass sie selbst die Bedingungen mit herbeigeführt haben, unter denen das jetzt passiert ist.

sorgen, die einen solchen Vorfall möglichst verhindern oder ihn zumindest durch rechtzeitige Intervention deeskalieren.

Lassen Sie mich noch ein letztes Wort zur Rolle der Medien und der öffentlichen Meinung sagen. Natürlich stürzen sich die Medien auf solch ein Ereignis wie ein Raubtier auf frisches Fleisch. Es gilt das simple Gesetz der Sensation. Je mehr Blut desto größer die Auflage. Das kann man den Medien genauso wenig vorwerfen, wie unserem Raubtier die Lust auf Frischfleisch. Was mich stört ist, dass unsere Berufsgruppe mal wieder als Schließer und Wärter bezeichnet wird, und zwar auch von solchen Personen, die es eigentlich besser wissen müssten. Auf der anderen Seite erweisen sich Presse, Fernsehen und Rundfunk sowie zunehmend auch das Internet als „vierte Gewalt“ im Staate, die Missstände gnadenlos offen legt. Die hierauf sensibel reagierende Politik sieht sich gezwungen, zu reagieren und Verbesserungen vorzunehmen. Die Öffentlichkeit verhält sich fast immer stereotyp: Einmal sind die „armen Gefangenen“, wie in diesem Fall, die Opfer, die man vor der bösen Staatsgewalt nicht genügend schützen kann, ein anderes Mal sind sie jene brutalen „Monster“, die am besten lebenslang weggesperrt gehören. Dabei macht der Strafvollzug bei der Behandlung und Erziehung von Straftätern einen ganz ordentlichen Job, weil es mehr und mehr gelingt, straffällig gewordenen Menschen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen.

So, jetzt han ich vor lauter Ernst ganz verjessen, dat et jrad Weihnachtsjeld jeben hat. Da kann ich ming Frau en paar Blömkes für kaufen. Ich wünsche euch trotz allem ein schönes Weihnachtsfest und ene jote Rutsch ins neue Jahr un vor allem, dat alles ruhich bleibt. Tschökes bis demnächst

Brutalität und Gewalt machen vor dem Strafvollzug nicht Halt

Keine Frage, unsere oberste Dienstvorsetzte sah bei der ganzen Angelegenheit nicht gut aus. Sie wirkte betroffen und nicht ausreichend informiert. So wurde die Rechtsausschusssitzung unterbrochen, damit sie sich vor Ort kundig machen konnte. Man muss sich fragen, warum sie so schlecht vorbereitet war. Hätte nicht das Landesjustizvollzugsamt hier die Vorarbeit leisten müssen? Aber das befindet sich ja quasi in der Selbstauflösung. Frau Ministerin hat jetzt einen Vorgeschmack davon, wie es ist, wenn es künftig kein Vollzugsamt mehr gibt und solche Vorkommnisse immer direkt bis ins Ministerium „durchschlagen“. Immerhin sind die beiden Vollzugsämter Rheinland und Westfalen-Lippe damals als Reaktion auf die „Klingelpütz-Affäre“ geschaffen worden, um solche Pannen zu vermeiden. Aber vielleicht begreift die Politik den Vorfall ja als Chance, um für Bedingungen zu

Kleine Weisheiten

„Staatskunst ist die kluge Anwendung persönlicher Niedertracht für das Allgemeinwohl.“
Abraham Lincoln,
12.02.1809 –
15.04.1865,
16. amerik. Präsident



„Der Mensch ist im Grunde ein wildes Tier. Wir kennen es meist nur im Zustand der Bändigung und Zähmung.“
Arthur Schopenhauer, 22.02.1788 –
21.09.1860, dt. Philosoph

„Denken ist schwer, darum urteilen die meisten.“

Carl Gustav Jung,
26.07.1875 –
06.06.1960, Begründer der analytischen Psychologie

„Geduld ist eine gute Eigenschaft. Aber nicht, wenn es um die Beseitigung von Missständen geht.“
Margaret Thatcher, geb. am 13.10.1925, ehem. Premierministerin



„Vertraue nur Dir selbst, wenn andere an Dir zweifeln, aber nimm ihnen ihre Zweifel nicht übel.“
Joseph Rudyard Kipling, 30.12.1865 –
18.01.1936, brit. Schriftsteller und Dichter



„Gib jedem Tag die Chance, der schönste deines Lebens zu werden.“
Mark Twain, 30.11.1835 – 21.04.1910, amerik. Schriftsteller

Das Gewaltphänomen in den Haftanstalten ist in seinen Ursachen komplex

Justizministerium gibt erste Ergebnisse des Kriminologischen Dienstes bekannt

Nachdem sie von dem Gewaltphänomen in den Vollzugsanstalten Kenntnis erlangt hatte, beauftragte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter im Frühjahr dieses Jahres den Kriminologischen Dienst ihres Hauses mit der Erstellung eines Gutachtens „Gewalt unter Gefangenen im Strafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen“. Nach Auswertung von bislang 514 Gefangenepersonalaktens sowohl aus dem Erwachsenen- als auch dem Jugendvollzug liegen nunmehr erste Ergebnisse vor, die das Ministerium in der vergangenen Woche veröffentlichte. Für den BSBD begrüßte Landesvorsitzender Klaus Jäkel die Initiative der Ministerin: „Erstmals ist ein verantwortlicher Ressortchef bereit, die Gewaltursachen in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten wissenschaftlich ergründen und Konzepte zur Gewaltvorbeugung realisieren zu lassen. Erstmals werden damit die Haftanstalten mit dem Gewaltphänomen nicht mehr allein gelassen“.

Wo Menschen, insbesondere junge Männer, in Enge und Dichte zwangsweise zusammenleben, ist das Phänomen der Gewalt allgegenwärtig und seit langer Zeit bekannt. Nicht nur in Haftanstalten, auch in Internaten oder Kasernen liegen oftmals die Nerven blank, wenn die Protagonisten ihres privaten Rückzugsraumes weitgehend beraubt sind. Bei auftretenden Konflikten wird dann schnell einmal das „schlagende Argument“ gewählt, um die Situation zu bereinigen und sich nicht langwierig verbal auseinander setzen zu

müssen. Aber auch Gewalt als Machtmittel spielt eine nicht unmaßgebliche Rolle. In seinen sadistischen Ausprägungen ist Gewalt naturgemäß auch nicht davor gefeit, in das Stadium des Exzesses abzugleiten, wie ihn die Kolleginnen und Kollegen jetzt in Siegburg erleben mussten. Die jährlichen Kriminalitätsstatistiken belegen Jahr für Jahr eine Zunahme der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Mit der Aufnahme in den Strafvollzug endet diese Prägung nicht, sie wird vielmehr in den Einrichtungen als



Justizministerin Müller-Piepenkötter ist entschlossen, die Gewalt, die vorrangig von jungen Männern in die Haftanstalten getragen wird, energisch zu bekämpfen.

probates Mittel eingesetzt, sich in der Zwangsgemeinschaft eine privilegierte Stellung zu verschaffen. Mit dieser seit Jahren absehbaren Entwicklung sind die



BSBD-Karikatur: Thomas Möbis

Vollzugseinrichtungen des Landes bislang allein gelassen worden. In jeder Anstalt gab und gibt es Gewalt. Jede Anstalt entwickelte jenseits einer wissenschaftlichen Ursachenanalyse ihr eigenes Reaktionsmodell. Durchzusetzen scheint sich dabei das „Null-Toleranz-Konzept“. Auf jede Form physischer oder verbaler Gewalt wird unmittelbar reagiert. Durch positive oder negative Verhaltensverstärkungen sollen Änderungen des gewalttätigen Verhaltens bewirkt werden.

Die prägende Norm moderner Gesellschaften ist der Verzicht auf private Gewalt zugunsten ihrer Monopolisierung durch den Staat. Wenn das hierfür erforderliche Bewusstsein der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft schwindet, teilweise gar nicht mehr vorhanden ist, entsteht ein ernst zu nehmender zivilisatorischer Mangel, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gesellschaft letztlich grundsätzlich in Frage zu stellen vermag. In den 90er Jahren sind die Gewaltphänomene, die verstärkt von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgehen, in das Blickfeld des öffentlichen Interesses gerückt. Auch vor den Vollzugseinrichtungen machte diese Entwicklung nicht Halt. Ein schlüssiges Gesamtkonzept als Reaktion auf die Veränderung des Verhaltens großer sozialer Gruppen steht allerdings noch aus. Die Auswertung der seitens der Anstalten zur Verfügung gestellten Gefangenenpersonalakten hat dem Kriminologischen Dienst das Aufstellen eines Thesenpapiers

ermöglicht, das eher unspektakulär daherkommt.

● Gewalt im Strafvollzug ist **orts- und zeitunabhängig**.

Tatorte sind in einem Drittel aller Fälle die Hafträume der Vollzugseinrichtungen. Auf Gängen, Fluren und den Freistundenhöfen ereignen sich jeweils 15 bis 20 Prozent der Gewalttaten. Anders als gemeinhin gemutmaßt, sind Dusch- und Werkbetriebe eher seltener Tatorte von Gewalttätigkeiten der Gefangenen untereinander.

● Es ist **keine Schwerpunktbildung an Wochenenden erkennbar**.

● Mehr als 60 Prozent der Gefangenen, die im Vollzug mit Gewaltdelikten gegen Gefangene auffielen, waren wegen früherer Gewaltdelikte verurteilt und inhaftiert worden. **Gewalt wird also von außen in die Anstalten hineingetragen**.

● Allein die **strikte Einzelunterbringung löst das Problem nicht**, da ein nicht unerheblicher Teil der wegen Gewalttätigkeit inhaftierten Gefangenen wegen Suizidgefahr in Gemeinschaft untergebracht werden muss. Trotzdem fordert der **BSBD** weiter die Einzelunterbringung während der Nachtzeit, da der gemeinsamen Unterbringung nach dem Einschluss – mit Ausnahme der Suizidprophylaxe – kein positiver Wert ab gewonnen werden kann.

● Über 80 Prozent der Delikte sind keine Sexual-, sondern Körperverletzungsde-

likte. **Nur etwa 10 Prozent der Gewalttaten sind geplant**. Der Rest kam spontan zustande. Gewalt im Vollzug ist demnach ein überwiegend situatives Phänomen.

● Etwa die **Hälfte aller Fälle waren als leicht zu bewerten**, mittelschwer waren knapp über 40 Prozent, etwa jeder 10. Fall ging mit schwereren Verletzungen einher.

● **Mehr als die Hälfte der Täter ist unter 25 Jahre alt**. Darin spiegelt sich die vielfach bestätigte kriminologische Erkenntnis, dass die Kriminalitätsrisiken allgemein mit steigendem Alter deutlich abnehmen.

● **Gegen 9 von 10 Tätern wurden Disziplinarmaßnahmen verhängt**. In knapp einem Drittel der Fälle wurde Strafanzeige erstattet.

Bei der Vorstellung dieser Thesen wies Justizministerin **Müller-Piepenkötter** darauf hin, dass das Thema „Gewalt in Justizvollzugsanstalten“ in der Forschung bislang nur sehr zurückhaltend aufgegriffen worden sei. „Unsere Studie wird die erforderlichen Grundlagen für praktische Handlungsempfehlungen, auf welche Weise man bereits der Entstehung von Gewalt in den Haftanstalten vorbeugend begegnen kann“, wies die Ministerin dem Gutachten des Kriminologischen Dienstes eine zentrale Bedeutung für den künftigen Umgang mit Gewaltphänomenen in den Vollzugsanstalten zu.

BSBD fordert für den Haushalt 2007 mehr Personal und die Verbesserung der Besoldungsstrukturen

Ende Oktober 2006 sind Vertreter der BSBD-Landesleitung mit Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter zu einem überaus intensiven und konstruktiven Meinungsaustausch zusammen gekommen. Anlass war zum einen die Erörterung der Vorstellungen des BSBD für den Personalhaushalt 2007, zum anderen galt es, solche Themen zu behandeln, die in den zurückliegenden Wochen bei den Kolleginnen und Kollegen zu Missverständnissen, Befürchtungen und Ängsten geführt haben.

Reorganisation des JVK Fröndenberg

Die Ministerin erklärte, dass sie die Reorganisation des Krankenhauses für unverzichtbar halte. Um bei mindestens gleicher Qualität der medizinischen Versorgung Synergien erschließen zu können, werde auf externen Sachverstand zurückgegriffen. Den durch die **BSBD**-Vertreter artikulierten Befürchtungen der Betroffenen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im Pflegebereich trat die Ministerin entgegen: „Wir wollen in Fröndenberg den hohen medizinischen Standard halten. Wenn sich Synergieeffekte realisieren lassen, dann sollen die Umgestaltungen im Rahmen der normalen Personalfuktuation erfolgen. Es wird daher keine betriebsbedingten Kündigungen geben!“

Personalhaushalt 2007

Seitens der **BSBD**-Vertreter wurde auf die zunehmende Arbeitsverdichtung in den Vollzugseinrichtungen des Landes hingewiesen. Landesvorsitzender **Klaus Jäkel**



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter und BSBD-Chef Klaus Jäkel sind sich darin einig, dass der Strafvollzug der Entlastung bedarf. Die durch zusätzliche Aufgaben und eine hohe Belegung verursachte Arbeitsverdichtung soll sukzessive zurückgeführt werden.

forderte Justizministerin **Müller-Piepenkötter** dazu auf, sich in den Ressortverhandlungen für die Befriedigung des akuten Personalbedarfs des Strafvollzuges einzusetzen. Hierzu erklärte die Ministerin, dass die politische Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung fortbestehe, so dass wohl nur die Ersetzung der altersbedingten Abgänge möglich sei. Sie werde jedoch nachdrücklich für die **Entsperrung der im Rahmen des PPP-Projektes Ratingen ausgebrachten 85 kw-Stellen** eintreten, da dieses Projekt nicht weiter verfolgt werde. Zwar werde darauf hingearbeitet, in Ratingen eine Vollzugsanstalt errichten zu können. Diese solle jedoch konventionell betrieben werden. **Den Einsatz privater Dienstleister werde es dort nicht geben.**

Im Falle der Streichung der kw-Vermerke könnte der Strafvollzug über deutlich mehr Arbeitskraft verfügen als derzeit. In diesem Zusammenhang stellte die Ministerin ebenfalls klar, dass sich die Personalgewinnung auch künftig an den Bedürfnissen des Vollzuges orientieren müsse und nicht im Rahmen des Personaleinsatzmanagements in der Weise erfolgen könne, dass in anderen Einrichtungen der Landesverwaltung entbehrliche Kräfte dem Strafvollzug zur Dienstleistung zugewiesen würden.

Gewerkschafts-Chef **Klaus Jäkel** stellte anschließend die seitens des **BSBD** für die einzelnen Laufbahnen des Vollzuges geforderten strukturellen Besoldungsverbesserungen und deren kostenneutrale Finanzierung dar. Frau **Müller-Piepenkötter** räumte ein, dass die Kompetenz zur Regelung dieses Bereiches zwar mit der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen, im Kabinett allerdings die Meinungsbildung darüber noch nicht abgeschlossen sei, wie diese Kompetenz künftig genutzt werden solle. Insoweit müssten zunächst die Rahmenbedingungen geklärt werden, ehe man sich berechtigten und verständlichen Einzelregelungen zuwenden könne.

Die **BSBD**-Vertreter forderten anschließend die Schaffung eines neuen Spitzenamtes in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und Werkdienstes. **Hier sei die Überleitung der Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes nach BesGr A 11 BBO in den größten Einrichtungen des Vollzuges überfällig.** Die Ministerin stellte klar, dass sie diese Forderung, die auch im parlamentarischen Raum mehr und mehr Unterstützung erfährt, nachvollziehen könne. An ihr werde die Realisierung einer solchen Forderung auch nicht scheitern, doch wolle sie nicht verhehlen, dass ihr die Lösung der besoldungsstrukturellen Schwierigkeiten „aus einem Guss“ lieber sei.

Die **BSBD**-Vertreter sprachen im weiteren Verlauf der Unterredung die Lage jener Aushilfskräfte in den Verwaltungen der Vollzugseinrichtungen an, deren Arbeitsverträge bis zum Ende des Jahres befristet seien. Diese Kräfte würden auch künftig noch gebraucht, weil die Höhe der Synergieeffekte in der Verwaltung seitens der

Administration zu hoch eingeschätzt worden sei. Die Weiterbeschäftigung aller derzeit vorhandenen Aushilfskräfte sei daher unverzichtbar.

Justizministerin Müller-Piepenkötter erklärte, dass eine Kürzung der Mittel für Aushilfskräfte mit dem Haushalt 2007 nicht geplant und eine Weiterbeschäftigung damit grundsätzlich möglich sei. Sie werde ihr Haus beauftragen, in diesem Punkt schnell Klarheit zu schaffen und die Betroffenen alsbald zu unterrichten.

Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes

Die gebildete Projektgruppe ist nach Meinung der Ministerin mit ihren Arbeiten weit fortgeschritten, so dass ein Regelungsvorschlag für die künftige Struktur des Vollzuges noch im Dezember 2006 vorgelegt werden könne. Nach Billigung durch die Hausspitze ist anschließend die Beteiligung der zuständigen Personalvertretungen vorgesehen. Justizministerin **Müller-Piepenkötter** erläuterte, dass künftig **Fachkompetenzzentren ohne Weisungsbefugnis** entstehen sollen, die die Vollzugseinrichtungen vor Ort bei der Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben beraten und unterstützen.

Die bei den Beschäftigten des Landesjustizvollzugsamtes hinsichtlich ihrer künftigen dienstlichen Verwendung entstandene Verunsicherung, wurde durch die

BSBD-Vertreter nachdrücklich angesprochen. Die Gewerkschafter sprachen sich für eine rasche und sozialverträgliche Regelung aller Einzelfälle aus. *Die Ministerin erläuterte, dass genau hieran gearbeitet werde. In jedem Einzelfall strebe sie eine Problemlösung an, die die persönlichen Belange und Planungen der Betroffenen möglichst umfassend berücksichtige.*

Nach dem Siegburger Häftlingsmord hat der **BSBD** der Politik nochmals geraten, über die Schließung des Landesjustizvollzugsamtes noch einmal kritisch zu reflektieren. Nicht zuletzt dieser schreckliche Vorfall habe deutlich werden lassen, dass eine Behörde mit Detailkenntnissen der Verhältnisse in den Vollzugseinrichtungen sicherlich offensiver und fundierter hätte agieren und reagieren können als das Ministerium selbst, das im Alltagsgeschäft vorrangig strategisch ausgerichtet sei. Die sinnvolle Trennung von operativen und strategischen Aufgaben wäre gewährleistet. Zudem machte **BSBD**-Chef **Klaus Jäkel** darauf aufmerksam, dass der Strafvollzug eine straffe, verlässliche Organisationsstruktur benötige, nachdem man durch das Siegburger Ereignis öffentlich stark unter Druck geraten sei. **„Experimente mit ungewissem Ausgang sind das Letzte, was der Strafvollzug in der jetzigen Situation gebrauchen kann“, warb der Gewerkschafter für den Erhalt der Mittelbehörde, deren Auflösung bislang als politisch gewollt angesehen werden muss.**

OV Herford

Geselligkeit einmal anders

Um im Kreise der Mitglieder des **BSBD**-Ortsverbandes einen gemütlichen, entspannten Tag erleben zu können, hatte **OV**-Vorsitzender Volker Helm sein „großbäuerliches Anwesen“ geöffnet und als Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt. Zunächst galt es, die Kolleginnen und Kollegen auf die richtige Fährte zu locken. Trotz GPS und Routenplaner kein leichtes Unterfangen, schließlich liegt der Helmsche Hof JotWeDe (janz weit draußen). Gemeinsam mit dem Vorstand hatte Volker Helm ganze Arbeit geleistet. Remisen waren dekoriert, Zapfanlagen gangbar gemacht, die gastronomische Versorgung war vorbereitet. Selbst das Wetter fügte sich nahtlos in die brillante Organisation. Die Sonnenscheindauer war für ostwestfälische Verhältnisse exorbitant. So manch gelichteter Haarschopf bedurfte eines Sonnenschutzes. Breitrempiger Hut oder aber Schutzfaktor 28 waren angesagt. Bevor man sich gemeinschaftlich den lukullischen Genüssen hingeben durfte, galt es, eine ausgedehnte Wegstrecke zu erwandern, um in Bad Senkelteich geologisches Grundwissen aufzufrischen.

Der Hausherr und Veranstalter ging schnellen Schrittes voraus und animierte seine Gäste, es ihm gleich zu tun. Die allerdings hegten nur geringes Verlangen nach körperlicher Betätigung. Viel lieber hätten sich viele mit einem „kühlen Blond“ unter die schattigen Bäume verzogen. Der Veranstalter hatte jedoch zahlreiche Animatoure unter den Gästen platziert, so dass sich letztlich alle auf den beschwerlichen Weg begaben, das eigene Körpergewicht mit mehr oder weniger eleganten Bewegungen in Schwung und auf Trab zu bringen.

Bereits nach den ersten zwei Kilometern

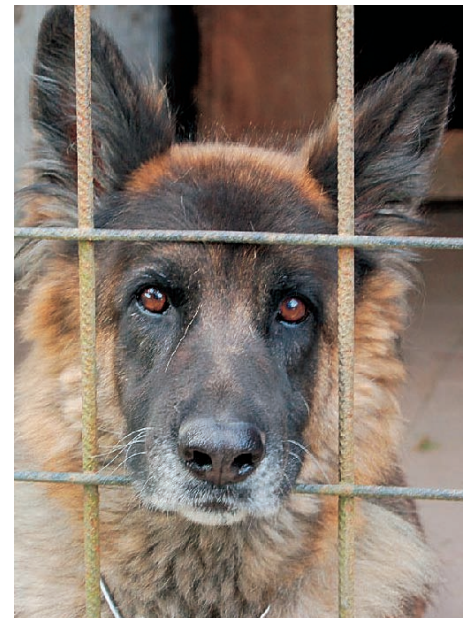
klagten einige Kolleginnen und Kollegen über akute Konditionsprobleme. Da fügte es sich gut, dass man bald darauf das zur Gemeinde Vlotho gehörende Kurmittelhaus erreichte. Teilweise vorgespieltes Interesse an dem architektonisch ansprechenden Fachwerkgebäude sorgte für eine kurze Zeit der Ruhe, Besinnung und Erholung. Begierig wurden die Erläuterungen des **BSBD**-Vorsitzenden aufgesogen; krampfhaft wurde das Hirn nach potentiellen Fragen durchforstet. Beglückt war, wer fündig wurde. Schließlich schützten die Fragen vor der sofortigen Fortsetzung der Wanderung. Doch irgendwann ist



Die Lokalität des BSBD-Treffens war auch für Ortsfremde deutlich markiert.

auch die Geduld eines Vorsitzenden erschöpft und er mahnt zum Abmarsch. Nicht ohne darauf hinzuweisen, dass das Tempo etwas forciert werden müsse, weil man noch einen Termin wahrzunehmen und einzuhalten habe.

Weiter ging es durch den naturnah gestalteten Landschaftskurpark, der in wohlthuender Weise mit den gestylten Parks der mondänen Staatsbäder kontrastiert. Unter schattigen Eichen und auf elastisch federndem Terrain ging es hurtig dahin. Eher als vermutet wurde die Kurklinik Bad Senkelteich erreicht. Vor der Kurklinik wurden die **BSBDler** durch **Ulrike Meise** erwartet. Nach der freundlichen Begrüßung nahm sie die Gewerkschafter mit auf eine informative Exkursion durch ihr Reich. Sie erläuterte, dass das Bad seine Entstehung einer geologischen Besonderheit verdanke. Nach der letzten Eiszeit bildete sich durch einen gewaltigen Erdbeinbruch ein großer Erdfalltrichter. Aufgrund fast wasserundurchlässiger Gesteinsschichten staute sich in dieser Senke Wasser zu einem großen Teich, der den Namen



Und auch für die Sicherheit stand qualifiziertes Personal zur Verfügung.



Langsam trudeln die Gäste ein. Von körperlicher Betätigung ahnt noch niemand etwas.



Die Organisation steht, die Vorbereitungen sind abgeschlossen, die Gäste können kommen.



Während am Büfett drangvolle Enge herrschte, ließ sich wenige Meter weiter die ländliche Idylle in vollen Zügen genießen.



Es geht bergab. Mit mehr oder minder leichten Tritt geht es dem Ziel entgegen.



Sitzgelegenheiten waren gefragt. Das Fachwerk wurde eingehend inspiert, um etwas länger verweilen zu können.



Ulrike Meise (3. v. li.) führte fachkundig durch ihre Kurklinik.

Senkelteich trug. Zersetzte Pflanzenmaterialien bildeten im Senkelteich unter Luftabschluss über Jahrtausende einen heilsamen Schlamm.

„Dem stressgeplagten Workaholic“ unserer Tage dient dieser Schlamm zur Regeneration und zur Linderung rheumatischer Erkrankungen. Angereichert mit Humus- und Gerbstoffen, Zellulose, Stickstoff, Eisen, Eisensulfat und Schwefel vermag das dickbreiige Moorbad entschlackend und schmerz lindern zu wirken. Bevor der als

beschwerlich empfundene Rückweg nicht mehr zu vermeiden war, galt es, in moorgefüllten Behältnissen nach Glasknöpfen zu suchen. Jedem erfolgreichen Moorgrabber winkte als Lohn ein Magenbitter. Die Aussicht auf geschmacklichen Mehrwert ließ so manchen seine Anstrengungen verdoppeln.

Ganz im Stile einer guten Marketing-Expertin machte **Ulrike Meise** auf ihr bundesweit einzigartiges Schlafsystem aufmerksam. Dieses System setzt sich aus

speziellem Lattenrost, Torf-Matratze, Torf-Steppbett und Torf-Kopfkissen zusammen und ist keinesfalls zum Schnäppchenpreis zu haben. Augenblicklich vorgenommene Schlaftests zeigten erstaunliche Wirkung. Offen blieb, ob die Müdigkeit der **BSBDler** oder die Qualität des Schlafsystems hierfür ursächlich war.

Vor dem Rückweg zur Helmschen Besitzung sah man teilweise bedenkliche Mienen, als ob der ein oder andere sich die bevorstehenden Steigungen nicht so zutraute. **Volker Helm**, ganz der perfekte Gastgeber, hatte selbstverständlich für einen erholsamen Zwischenstopp gesorgt. Kühle Getränke und kleine Stärkungen brachten die Lebensgeister schnell wieder auf Schwung, so dass die restliche Wanderung subjektiv betrachtet zu einem beschwingten Spaziergang mutierte.

Auf dem Helmschen Hof war unterdessen ein Büfett eingetroffen, das in den Gästen eine Vorahnung von kulinarischen Genüssen aufsteigen ließ.

Von elegant- genießerisch bis zu deftig und üppig waren alle gängigen Stilrichtungen ostwestfälischer Gastlichkeit vertreten.

Den Kolleginnen und Kollegen schien es jedenfalls gut zu munden, ehe man einen ausgefüllten Tag bei anregenden Gesprächen ausklingen ließ.

Dem fleißigen Gastgeber und seinem Organisationsteam galt abschließend der Dank aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Einig wussten sie sich in der Bewertung, dass eine Wiederholung des gelungenen Gemeinschaftserlebnisses auch künftig auf breite Zustimmung stoßen würde.



Volker Helm (li.): „Seid herzlich willkommen, bringt gute Laune mit und lasst uns gemeinsam einen harmonischen Tag genießen“.



Bei der Schatzsuche waren die etwas stärker ausgeprägten Körperformen einfach deutlich im Vorteil. Sie waren von den Trögen nicht zu verdrängen.



Essen und Trinken halten Leib und Seele zusammen.

OV Münster

Antje Henzel übernimmt Vorsitz des Ortsverbandes

Am 07. November 2006 führte der Ortsverband Münster eine außerordentliche Mitgliederversammlung durch, um zwischenzeitlich eingetretene Vakanzen zu beheben. Die Mitglieder sprachen mit Antje Henzel erstmals einer Frau das Vertrauen aus. Die Gewerkschafterin hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit vor Ort neu zu strukturieren und so effizient zu gestalten, dass auch solche Kolleginnen und Kollegen erreicht und angesprochen werden, die sich bislang noch nicht gewerkschaftlich organisiert und betätigt haben. Für den Landesverband nahmen Vorsitzender Klaus Jäkel und Bezirkssprecher Peter Buschmeier an der Veranstaltung teil und sagten der neuen Vorsitzenden die rückhaltlose Unterstützung der BSBD-Solidargemeinschaft zu.



Der neue Vorstand stehend von links: Stephan Springmann, Helmut Stenzel, Marcel Hano, Monika Thier und Saskia Babak. In der ersten Reihe von links: Erich Wahlers, Antje Henzel und Ralf Beuke. Die neue BSBD-Chefin kann sich bei dieser Mannschaft sowohl auf Erfahrung als auch auf unverbrauchten Tatendrang stützen.

Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des Umbruchs und der Neuorientierung. Der neuen Vorsitzenden stellten die Mitglieder mit **Alfons Berkemeier** und **Hel-**

mut Stenzel zwei ausgewiesene Vollzugsfachleute an die Seite. Der Vorstand wurde komplettiert durch die Wahl von **Erich Wahlers** (Kassierer), **Marcel Hano**

(Schriftführer) und **Ralf Beuke** als Jugendvertreter. Diese Funktionsträger werden in ihren Ämtern vertreten durch **Stephan Springmann**, **Monika Thier** und **Saskia Babak**.

Die neu gewählte Vorsitzende gab sich keinen Illusionen hin, was an Aufgaben auf sie warte und an Anforderungen an sie gerichtet werden könne. Schließlich wird die **BSBD**-Gewerkschaftsarbeit im Ehrenamt geleistet. Und das Ehrenamt steht in unserer Gesellschaft nicht mehr so hoch im Kurs. Dabei sollten wirtschaftlich schwierige Zeiten, die von hoher Arbeitslosigkeit geprägt sind, den Wert einer solidarischen Gemeinschaft deutlich ansteigen lassen. Denn gerade bei schwierigen Rahmenbedingungen rücken die Menschen im Allgemeinen, so sie nicht wirtschaftlich vollkommen unabhängig sind, näher zusammen. Eine solche Entwicklung erwartet auch **Antje Henzel**. „Ich werde mich bemühen, die Einschätzungen und Positionen des **BSBD** in den maßgeblichen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern zusammen mit meiner Vorstandsmannschaft offensiv zu vertreten. Denn Verzagt-heit wird niemanden zum Mitmachen animieren. Deshalb wollen wir die Interessen der Kolleginnen und Kollegen sachgerecht, fachkompetent und mit ungetrübtem Blick für das jeweils Realisierbare wahrnehmen“, umriss die **BSBD**-Frontfrau die Zielrichtung ihrer Gewerkschaftsarbeit. Dem scheidenden Vorsitzenden, **Roger Schnieders**, dankte **Antje Henzel** für die Freizeit beanspruchende Arbeit an der Spitze des Ortsverbandes.

Der neue Vorstand hat sich vorgenommen zunächst einmal ein eigenes, unverwechselbares Profil zu entwickeln. Die bekannten Probleme, die den Dienst vor Ort erschweren wollen die neuen Funktionsträger durch Mitarbeit in den Gremien des Landesverbandes akzeptablen Lösung zu führen. „Dafür“, so die neue Vorsitzende, „werden wir die Ärmel aufzukrempeln und die sich deutlich abzeichnenden Probleme entschlossen anpacken“.

BSBD-Nachwuchsarbeit hat hohe Priorität

Pünktlich zu Beginn des Herbstes trafen sich die **BSBD**-Jugendvertreter in Hagen zu einem 3tägigen Seminar. Neben der Unterrichtung über die aktuellen gewerkschaftlichen Initiativen und der Erörterung Erfolg versprechender Handlungsalternativen stand die Rhetorikschulung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die vollzughlichen Nachwuchskräfte zeigten sich mit dem Seminarangebot zufrieden und regten an, den Meinungs- und Gedankenaustausch der Jugendvertreter in Zukunft weiter zu intensivieren.

BSBD-Chef **Klaus Jäkel** herörterte mit den Jugendvertretern das strukturelle Innenleben der **BSBD**-Familie. „Eine auf dem Ehrenamt aufbauende Gewerkschaftsarbeit hat den unschätzbaren Vorteil zu wissen wovon sie spricht. Hinsichtlich der Qualität der Interessenvertretung sind wir allerdings darauf angewiesen, im-

mer jene Kolleginnen und Kollegen für unsere gemeinsamen Anliegen zu gewinnen, die von ihrer persönlichen Integrität und ihrer Fachkompetenz her die Voraussetzungen erfüllen“, meinte der Gewerkschafter. Deshalb lege der **BSBD** großen Wert auf seine Jugendarbeit. Schließlich müsse aus diesem Reservoir geschöpft

werden, wenn es künftig gelte, gewerkschaftliche Funktionen überzeugend zu besetzen.

Die intensiv und argumentativ anspruchsvollen Diskussionen drehten sich um die Privatisierung der Justizvollzugsschule, den Stellenabbau durch Arbeitszeitverlängerung, die Personalkostenbudgetierung, das Personaleinsatzmanagement und auch die Schließung der Mittelbehörde. Die mit diesen Themenbereichen im Zusammenhang stehenden Fragen, Rechtsprobleme und Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Initiativen wurden eingehend erörtert, abgewogen und in die eigene Meinungsbildung einbezogen. Für die Vertreter der Gewerkschaftsleitung boten die



Gewerkschaftschef Klaus Jäkel (Mitte) erläutert die Positionen des BSBD zu den aktuellen vollzugspolitischen Fragen (Rechts im Bild Michael Au).

Auffassungen und Sichtweisen der Jugendvertreter Gelegenheit, die aktuellen BSBD-Positionen zu überprüfen und zu hinterfragen.

Am zweiten Tag stand **Rhetorik und Gewerkschaftsarbeit** auf dem „Stundenplan“. Unter Anleitung des stellv. Landesvorsitzenden **Theodor Wiecezorek** wurden die Grundlagen im Umgang mit Gesprächsführung und Kommunikation in und vor einer Gruppe in Form von Rollenspielen und verschiedenen Übungen mit den Seminarteilnehmern erarbeitet. Dem ein oder anderen Seminaristen stand die Aufregung ins Gesicht geschrieben, als er sich mit einem Statement vor der Gruppe präsentieren sollte. Doch das Lampenfie-



Sich vor einer größeren Gruppe zu artikulieren und eine bestimmte Meinung zu vertreten, ist bei den meisten Zeitgenossen ohne vorherige Schulung ein Problem. Rhetorische Naturaltalente wachsen nun mal nicht auf den Bäumen.

onsverfahren wurden seitens der Nachwuchskräfte als hilfreich für die eigene Berufssituation in den Vollzugseinrichtungen des Landes bewertet. Gegen Ende des Seminars befasste sich der Kollege **Nutz** von der JVA Hagen mit Alltagsdrogen und illegalen Rauschgiften. Dieser informative Beitrag ließ deutlich werden, dass hinter den Ecken des gesellschaftlichen Zusammenlebens akute Suchtgefahren lauern. Kollege **Nutz** wies darauf hin, dass Nikotin und Alkohol für die „Volks-gesundheit“ gefährlicher seien, als jede illegale Droge es je sein kann. Der Referent plädierte nachdrücklich dafür, den Zugang zu allen Drogen zu erschweren. Nur auf diese Weise könne der Kampf gegen Abhängigkeiten erfolgreich gestaltet werden. Weil die Veranstaltung genau die Wünsche und Erwartungen der Jugendvertreter traf, sind die ersten Anmeldungen für die nächste Veranstaltung dieser Art bereits bei der Geschäftsstelle eingegangen.



Die Informationsvermittlung spielte sich nicht nur in dunkeln Seminarräumen ab. Ab und an ließ Vize-BSBD-Chef Theodor Wiecezorek die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „von der Kette“.